Thomas Kufen MdL

Demografischem Wandel mit Zuwanderung begegnen – Auswanderungsgründe in den Herkunftsländern beseitigen

Der demografische Wandel, eine immer älter werdende Gesellschaft, macht auch vor dem Ruhrgebiet nicht halt. Es trifft die Region ganz besonders hart. Hinzu kommen der strukturelle Wandel und die wirtschaftliche Transformation von einer durch Kohle und Stahl geprägten Region hin zu einer Region der Dienstleistungen. Vor diesem Hintergrund ist der Bevölkerungsrückgang besonders schmerzhaft. Für die Stadt Essen ist bis zum Jahr 2030 ein Bevölkerungsrückgang um weitere 4,9 Prozent prognostiziert worden. Daher ist weiterer Zuzug in das Ruhrgebiet – insbesondere von qualifizierten Fachkräften – von existenzieller Bedeutung.

Mit Blick auf die seit Anfang dieses Jahres geltende volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen in Europa wird in ganz Deutschland jährlich mit weiteren Zuwanderern aus verschiedenen Ländern zu rechnen sein. Nach aktuellen Untersuchungen sind gut 80% der Zuwanderer Fachkräfte, die somit dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dadurch ist auch mit einem Beitrag zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme zu rechnen. Im Jahre 2010 hatten 55% der nach Deutschland gekommenen Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss. Die Arbeitslosenquote lag mit 7,5% deutlich unter denen anderer Zuwanderergruppen. Auf der anderen Seite stehen dem gegenüber Zuwanderer, die aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse und einem geringen Bildungsstand dem deutschen Arbeitsmarkt faktisch nicht mehr zur Verfügung stehen.

Augen vor den Problemen nicht verschließen und mit Augenmaß handeln

Dort, wo die Zuwanderung Probleme bereitet, darf man die Augen davor nicht verschließen. Entstanden sind punktuelle „Zusammenballungen" in einzelnen Stadtteilen großer Städte – auch im Ruhrgebiet. Zuwanderung und Integration können nur gelingen, wenn die Bevölkerung in den durch Zuwanderung besonders betroffenen Stadtvierteln sie auch akzeptiert und aktiv daran mitarbeitet, Zuwanderern das Einleben zu erleichtern.

Die massive Zuwanderung von Armutsmigranten hat ihre sozialen und ethnischen Ursachen in den Herkunftsländern. Oftmals lassen sich die Zuwanderer in den Städten des Ruhrgebiets nieder, wo die Segregation schon seit Jahren eine politische Herausforderung darstellt. Wohnungsleerstände, schlechte Bausubstanz der Immobilien und eine suboptimale Infrastruktur sind die äußeren Kennzeichen dieser Stadtteile. Um die Abwanderungsgründe der Armutsmigranten einzudämmen sind sowohl die Herkunftsländer der Zuwanderer als auch die Europäische Union gefordert. Insbesondere für die Integration der ethnischen Minderheiten aus den südosteuropäischen Ländern muss die EU vor Ort Unterstützung leisten.

Hilfe für die Städte mit großen Herausforderungen

Insbesondere die Kommunen im Ruhrgebiet benötigen bei der Bewältigung der immensen Aufgaben im Zusammenhang mit der Armutsmigration Unterstützung von Bund und Land. Hier wäre ein Sonderprogramm aus zurückfließenden Mitteln des europäischen Sozialfonds (ESF) zur Umsetzung eines integrativen Handlungskonzeptes, das u.a. die Bereiche Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Ordnung sowie Integration sinnvoll umfasst. Allein die Aufstockung von Städtefördermitteln ist nicht ausreichend, um die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen. Das Land Nordrhein-Westfalen muss die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine integrationsfördernde Unterbringung von Flüchtlingen schaffen. Auch hier sind die Kommunen auf zusätzliche finanzielle Unterstützung angewiesen. So hat beispielsweise die Deckung der Gesamtkosten zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes seitens des Landes in der Stadt Essen gerade einmal 14% ausgemacht. Hier muss dringend nachgebessert werden, damit die Kommunen die Herausforderungen der Zuwanderung vor Ort bewältigen können.

Thomas Kufen, MdL

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Essen